



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11/2 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Beträgen 1/4 Sgr.

Erpeditio: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 126. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 15. März 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

London, 14. März. Mit dem Dampfer Kangaroo hier eingetroffene Berichte aus Newyork vom 1sten d. melden gerüchtesweise, daß General Buell die Konföderierten bei Murphresboro (?) umzingelt, daß General Banks mit unionistischen Streitkräften den Potomac bei Harpers Ferry überschritten, Bolivar, Charleston und beide Seiten des Shenandoahthales occupirt hätte. Noch wird dem Vorschreiten der Unionisten kein Widerstand geleistet. Die Ernennung Scotts zum Gesandten in Mexiko ist zurückgenommen worden.

Petersburg, 14. März. Die „Revalische Zeitung“ meldet, daß der lievländische Landtag die Einberufung der Städte zum lievländischen Landtage und die Einführung eines allgemeinen baltischen Landtags und eines baltischen Senats votirt habe.

Madrid, 12. März. Die Regierung hat beschlossen, den Commissar der amerikanischen Südstaaten, Herrn Ross, nicht zu empfangen.

Paris, 14. März. Die Legislative hat den § 6 der Adresse angenommen. Willault hat erklärt, daß die französische Regierung die Wünsche der Mexikaner achten werde und durchaus nicht die Absicht habe, dem Erzherzoge Maximilian von Oesterreich in Mexiko einen Thron zu errichten. Die Verbündeten hätten am 28. Febr. Vera-Cruz verlassen und dürften sich augenblicklich schon in Mexiko befinden.

Nach dem erschienenen Vantausweis haben sich der Vorrath um 61 Mill., Vorschüsse auf Wertpapiere um 110 Mill., die laufende Rechnung des Schatzes um 83 Mill. und der Notenumlauf um 41 Mill. vermehrt, das Portefeuille dagegen um 24 1/2 Mill. vermindert.

Turin, 13. März. Garibaldi wird am 16. d. in Turin einer Versammlung der Nationalen, bei welcher der Prinz Humbert den Vorsitz führen wird, beiwohnen. Garibaldi hat die Absicht, eine Rundreise in Italien zu machen, um allen Nationalen Nationalvereine einzuführen.

Konstantinopel, 13. März. Trotz der ernstesten Ereignisse in Griechenland ist es in Thessalien und Epirus ruhig. Aus den Provinzen treffen die Zahlungen regelmäßig ein.

Preußen.

Berlin, 14. März. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Kreis-Physikus Dr. Menne zu Brafel im Kreis Hörter den rothen Adlerorden vierter Klasse und dem Küster Joseph Beckmann an der katholischen Pfarrkirche zu Seeburg im Kreis Hüssel das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den bisherigen Kreisgerichts-Rath Adolph Gustav Hermann Moissizig in Onesen zum Director des Kreisgerichts in Wöngrowicz; und die Kreisrichter Triebe in Wettin, Schick in Suhl und von Landwüst in Halle a. S. zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen und den Rechtsanwaltern und Notaren Bromme in Naumburg a. S. und Werner in Langensalza den Charakter als Justizrath zu verleihen.

Die Kaufleute Georg Detling in Maramoros und Georg Schellus in Drizaba sind zur Konsular-Agenten daselbst bestellt worden. Am Gymnasium zu Bunzlau ist die Anstellung des Oberlehrers Dr. Gätling als Prorektor und die des Lehrers Luchterhand als ordentlicher Lehrer genehmigt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Landrath des Kreises Eckartsberga, von Münchhausen zu Colleda, die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen fürstlich schwarzburgischen Ehrenkreuzes zweiter Klasse und den Gebrüdern Antono und Joseph Weidenhaupt zur Anlegung des ihnen verliehenen Ritterkreuzes des Ordens vom heiligen Grabe zu ertheilen. (St.-Anz.)

Berlin, 14. März. [Die Ministerkrisis.] Die „B. V. Z.“ schreibt: „Wir müssen auch heute wieder an dieser Stelle auf die politischen Tagesfragen zurückkommen; wir glauben, daß dies keiner Rechtfertigung bedarf, da eben diese Fragen das Interesse auch der Geschäftswelt vorwiegend in Anspruch nehmen und in vielfacher Beziehung auf das Geschäftsleben von Einfluß sind. Wie wir bereits in unserer heutigen Frühzeitung mittheilten, befinden wir uns im Augenblick noch inmitten einer Ministerkrisis; es stellt sich stets überzeugender heraus, daß das gegenwärtige Ministerium die Leitung der Staatsgeschäfte nicht in der Hand behalten wird. Das Bedürfnis, eine Einheit in der oberen Verwaltung herzustellen, tritt dabei immer bestimmter hervor. Wir erfahren jedoch, daß sich die Entscheidung schwerlich zu Gunsten des liberalen Theiles (nicht bloß schwerlich, sondern überhaupt nicht. D. Red.) des Ministeriums gestalten, daß vielmehr mit Sicherheit dessen anderweite Ersetzung zu erwarten sein dürfte. Eben die in Aussicht gestellten Concessionen bezüglich des Herrenhauses und der Militär-Vorlagen bilden wieder die Differenzpunkte. Es bekümmert sich zwar vollkommen, daß die Eröffnung von allgemeinen Aussichten in dieser Richtung die sogenannten liberalen Minister bestimmt haben, vorläufig im Amte zu bleiben und die Auflösung des Abgeordnetenhauses zu empfehlen. Setzt aber, wo es sich um Feststellung der Details handelt, zeigen sich wieder eine ganze Reihe von Bedenken, zu deren Ausgleichung kaum noch Aussicht ist. Der Graf Schwerin soll deshalb mit Bestimmtheit erklärt haben, die Leitung der Neuwahlen nicht übernehmen zu können und deshalb wiederholt seine Entlassung gefordert haben. Daß sich die Herren v. Auerswald, v. Patow und v. Bernuth diesem Schritte angeschlossen, darf nicht bezweifelt werden. In Bezug auf die neuen Minister gehen eine Menge von Gerüchten um; wir enthalten uns der Wiedergabe derselben, da sie noch zu unbestimmt und mit Rücksicht auf die verschiedenen Wünsche gefärbt sind, das aber kann als feststehend gelten, daß bei dem angedeuteten neuen Minister-Wechsel auch bei den übrigen Ministern theilweise ein Wechsel in den Ressorts bevorsteht.“

Die „B. v. H. Z.“ nennt heute v. Pommer-Esche als Handelsminister, v. d. Heydt als Finanzminister, Graf Schwerin für Kultus, Mathis bei der innern Verwaltung. Wir verzichten darauf, die Combinationen, welche den Inhalt aller Gespräche ausmachen, hier wiederzugeben und bemerken nur, daß von einem heute stattfindenden Ministerrathe die Entscheidung erwartet wurde.

[Die Flottenbeiträge des Nationalvereins.] Dieselbe Zeitung schreibt: „Die Nachricht, daß der Geschäftsführer des Nationalvereins, Herr Streit in Koburg, die Zahlung der jüngst dem Marine-Ministerium überwiesenen Räte der Flottenbeiträge im Betrage von 30,000 Thlr. inhibirt habe, ist auch nach dem von der offiziellen Zeitung gegebenen Dementi, ungeachtet der entschiedenen und unbedingten Fassung des letzteren, noch controvers geblieben. Wir sind in der Lage, zu dieser Angelegenheit die nachstehende, aus authentischer Quelle gezogene Aufklärung zu geben, und überlassen dem Leser danach zu urtheilen, inwiefern die Nachricht in der Fassung, in der sie veröffentlicht wurde, ungenau und inwiefern der dagegen erhobene Widerspruch ge-

rechtfertigt war. Das hiesige Banquierhaus der Herren Platho und Wolff war, wie in den früheren Fällen, in geschäftlichem Wege angewiesen worden, die gedachte Räte der 30,000 Thlr. an das Marine-Ministerium für Rechnung der Kasse des Nationalvereins abzuführen. Die Zahlung sollte an dem Tage, nachdem die betreffende Nachricht in die Zeitungen übergegangen war, bewirkt werden. Bevor dies jedoch geschehen war, wurde mündlich — nicht wie es hieß, auf telegraphischem Wege — von einem der damals auf Veranlassung der hier abgehaltenen General-Versammlung des Nationalvereins in Berlin anwesenden Vorstandsmitglieder des Vereins dem beauftragten Banquierhause die Mittheilung gemacht, daß beschlossen sei, die Zahlung noch nicht bewirken zu lassen, und das Banthaus in Folge dessen erucht, die ertheilte Anweisung bis auf weitere Bestimmung unangeführt zu lassen. Daß dieser Beschluß in einer offiziellen Form so motivirt worden wäre, wie damals in den Zeitungen angegeben wurde, — daß namentlich die Ausführung der ertheilten Anweisungen von der Ertheilung einer Garantie für die bestimmungsmäßige Verwendung abhängig gemacht worden wäre, ist unrichtig. Ob etwa diejenigen Herren, welche den fraglichen Beschluß gefaßt hatten, und auf Grund desselben die Ausführung der Anweisung inhibirten, von solchen Erwägungen ausgegangen sind, ist uns nicht bekannt, die Inhibirung der Zahlung selbst ist jedoch von einer solchen Begründung nicht begleitet gewesen.“

Berlin, 14. März. [Vom Hofe.] Ihre königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin wird, so viel wir hören, am 16. d. M. den königlich großbritannischen Hof wieder verlassen und gedenkt nach kurzen Tagereisen am 20. hier einzutreffen, um am 22., als am Geburtsfeste Sr. Majestät des Königs, hier anwesend zu sein. Se. kgl. Hoh. der Kronprinz wird, dem Vernehmen nach, seiner erlauchten Gemahlin eine Strecke Weges entgegenreisen. — Das Staatsministerium trat heute Vormittag 11 Uhr in einer Sitzung zusammen. Es steht zu vermuten, daß die Minister hier über das Programm debattirt haben, das für die Zukunft inne zu halten, und daß sich dabei die Stellungen der beiden Gruppen — so zu sagen — des Staatsministeriums zu einander definitiv abgeklärt hat für die zu treffende Entscheidung. — Ueber das Befinden Sr. königl. Hoh. des Fürsten zu Hohenzollern gehen wieder günstigere Nachrichten aus Hyères ein. Se. kgl. Hoh. hatte in der letzten Woche an einem Geschwür gelitten, das sich jedoch glücklich zertheilt hat. Man hoffte, der Fürst würde in einigen Tagen bereits wieder das Zimmer verlassen können. — Der Staatsminister v. Bethmann-Hollweg hatte gestern Mittag die Ehre, von Sr. Maj. dem Könige empfangen zu werden, und erhielt aus den Händen Sr. Maj. den rothen Adlerorden erster Klasse. Hr. v. Hollweg begiebt sich heute nach Hohenfinow, dem nahegelegenen Gute seines Sohnes.

Berlin, 14. März. [Die Geschichte von dem gegen den König beabsichtigten neuen Attentat] nimmt unter der Feder des Untersuchungsrichters, dem der Verhaftete gestern überliefert worden ist, diejenigen Elemente in sich auf, welche das Drama als die politische Poesie eines blödsinnigen Narren erscheinen lassen und dadurch unsere anfängliche Ansicht von dem Vorfalle rechtfertigen. Wie der „Publ.“ aus zuverlässigster Quelle vernimmt und bereits mehrfach gemeldet worden, ist der Held der Geschichte ein kaum 20 Jahre alter Kürschnergehilfe, Namens Schildknecht, gebürtig aus dem Canton St. Gallen. Politische und historische Lektüre, unter letzterer das Lebens- und Charaktergemälde des Wilhelm Tell, hat sein Gehirn mit allerhand Träumereien erfüllt und namentlich die Einheit und Wiederherstellung des deutschen Reiches zur fixen Idee in ihm gemacht, wofür die aus Urfornische streifende Thatsache spricht, daß er sich einen (Borsdorfer oder Stettiner) Apfel gekauft hatte, um denselben dem Könige als Symbol seiner Gewalt über das deutsche Reich zu übergeben. Daß er den König wirklich habe erschießen wollen, konstatirt aus seiner durchaus verworrenen Auslassung nicht; dagegen hat es sich herausgestellt, daß er dies dem ihn arretirenden Schutzmann als seine Absicht kundgegeben. Vielleicht wußte er eine halbe Stunde später nichts mehr davon. — Vor dem Untersuchungs-Richter ist er sich weder dieser Absicht noch eines Motivs dazu bewußt gewesen; er hat vielmehr nur angegeben, er habe bei dem Könige eine Audienz verlangt, um dessen Absichten in Bezug der deutschen Frage zu erfahren und sich alsdann damit einverstanden zu erklären. — Kann man sich etwas Berrückteres und Lächerlicheres denken? — Eben so hat sich aus seinen Auslassungen nichts ermitteln lassen, was darauf schließen ließe, daß er auf Anreiz oder im Auftrage Anderer gehandelt habe. Da er im Besitze von Geld gefunden worden war, auch die Reise aus der Schweiz zur Eisenbahn gemacht hatte, so glaubte man in ihm anfangs einen Emigrirten erblicken zu können. Allein seine Vernehmung hat diesen Verdacht völlig zerstreut; denn wer sich seiner als eines Werkzeuges hätte bedienen wollen, müßte mindestens eben so blödsinnig sein wie er selbst. — Gestern Vormittag hatte zuerst der Polizeirath Goldheim, bekanntlich Exekutiver für die politische Polizei, eine Unterredung mit ihm; und diese muß jenem Beamten, der die lobenswerthe Eigenschaft hat, kein politischer Gespensterseher zu sein, sogleich die Ueberzeugung von der Unzurechnungsfähigkeit des Inhaftirten beigebracht haben; denn der Letztere wurde unmittelbar darauf dem Stadtphysikus G. D. M. Dr. Casper beauftragt, die Vernehmung des Inculpanten zu führen. Für den Bahn- oder Blödsinn des Inculpanten spricht außer seiner Jugend, seiner Unreife, seinem sonstigen Benehmen und der Schnurre mit dem Apfel, noch besonders der Umstand, daß er dem erwähnten Schutzmann, ohne daß dieser ihn im Geringsten inquirirte, mit jener kaum glaublichen Naivetät sein Geheimniß, den König erschießen zu wollen, offenbarte. — Aus Allem diesen glauben wir den Schluß ziehen zu dürfen, daß ohne längere Untersuchung und ohne ein weiteres Kriminalverfahren die Ueberlieferung des Inhaftirten an die Irrenstation der Charité erfolgen wird.

Düsseldorf, 13. März. [Der frühere Bankdiener Reichow] ist heute Morgen mit dem um 9 Uhr von Aachen eintreffenden Bahnzuge von Paris hier angekommen und in das hiesige Arresthaus abgeführt worden.

Deutschland.

Gotha, 13. März. [Die Verathung über die Militär-Convention.] Zu den Bedingungen, unter welchen der gemeinschaftliche Landtag im vorigen Jahre die am 1. Juli 1862 ins Leben tretende Militär-Hauptconvention mit Preußen angenommen hat, gehört auch, daß die dienstlichen Befugnisse des Stadt-Kommandanten, so wie

überhaupt der Militärbehörden, den Civilbehörden und der Bevölkerung gegenüber, zuvor durch Gesetz geregelt werden sollen. Die Staatsregierung glaubte dieser Bedingung durch Vorlage des (in einigen Punkten modificirten) preuß. Gesetzes über den Waffengebrauch und durch eine im Verwaltungswege getroffene Anordnung über das Verhältniß der Ortspolizeibehörde zu dem Militärbefehlshaber zu entsprechen; die Mehrheit der Landtags-Commission begnügte sich aber dabei nicht, weil jene administrative Anordnung sachlich den Gegenstand nicht erschöpfte, auch zu jeder Zeit widerrufen werden könne; sie beantragte, die Verathung aller vorgelegten preußischen Militärgesetze auf so lange zu beanstanden, bis die gestellte Bedingung wirklich erfüllt sei. Dieser Antrag veranlaßte heute eine ziemlich bewegte Landtagsverhandlung, deren Ergebnis die Annahme des Majoritätsantrags, also eine Niederlage des Ministeriums war. Somit ist, wenn die Staatsregierung nicht einlenkt, die ganze Militär-Convention in Frage gestellt. Es konnte natürlich nicht fehlen, daß die neueste Wendung der Dinge in Preußen zur Besprechung mit herangezogen wurde; die Gegner der Convention glaubten eine Art Triumph über die „Vertrauenslosigkeit“ der Preußenfreunde zu feiern und auch die Anhänger der Convention verhehlten sich nicht, daß im Königreich Preußen zur Zeit noch alle Aussicht auf ein „maßloses Anschwellen des Militärstaats“ vorhanden ist. Vorsichtig, aber immerhin bezeichnend genug war die Aeußerung des Staatsministers v. Seebach, er fühle recht wohl, daß der jetzige Augenblick nicht eben ein günstiger für die Verathung der Militär-Gesetze sei, und in der That kann mit Bestimmtheit behauptet werden, daß unter dem Eindruck der berliner Nachrichten von den letzten drei Tagen sogar die ganze Militär-Convention abgelehnt worden wäre, wenn sie noch auf der Tages-Ordnung gestanden hätte. (R. 3.)

Italien.

Turin, 10. März. Die Nachrichten aus Genua lauten in so fern nicht gut, als einige Mitglieder der Provedimenti, trotz der Abmahnung Garibaldi's, sehr auferregte Reden halten und mit Demonstrationen drohen, wenn die Regierung keine entschiedene Politik einschlägt. Garibaldi wird durch gütiges Zureden und Katazzi durch festes Auftreten jede unbefonnene Kundgebung zu verhindern wissen. Garibaldi's und Katazzi's Einigung hat im ganzen Lande einen sehr guten Eindruck gemacht. Der Ex-Diktator — ich darf Ihnen dies auf das Bestimmteste melden — hat Katazzi die feierliche Versicherung gegeben, er werde ohne Einwilligung des Königs und ohne vorherige Verständigung mit der Regierung sich an keinerlei Unternehmung betheiligen. Katazzi hat noch immer keinen Minister des Innern gefunden. Er hatte dem gegenwärtigen Gouverneur von Mailand, Herrn Pasolini, hierauf bezügliche Anträge gemacht; dieselben wurden jedoch nicht angenommen und haben wenig Aussicht, es zu werden. Farini, der anfänglich sehr entschieden gegen das neue Ministerium aufgetreten war, hat sich in so weit besänftigen lassen, um eine Zusammenkunft mit dem Ministerpräsidenten anzunehmen. Er verspricht auch seine Collegen von der Majorität von jeder systematischen Feindseligkeit abzuhalten, damit die Regierung Zeit gewinne, sich durch Handlungen bekannt zu machen. Canetti verläßt nun das General-Secretariat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten und geht, wie schon gemeldet, als Minister nach dem Haag. Zu seinem Nachfolger ist der Professor des constitutionellen Rechts, Herr Mellagari ernannt. Artoni ist zum Legations-Secretair erster Klasse ernannt worden und dürfte in dieser Eigenschaft nach Paris gehen. Migliara ist Gesandter in Kopenhagen, und Tagliacarne in Stockholm geworden. Was ich Ihnen von Sauli und Durando gesagt, darf ich wiederholen. Katazzi denkt um so weniger daran, diesen Männern ein Ministerium anzuvertrauen, als beide aus den alten Proostzen stammen und das piemontesische Element ohnehin schon vorwiegend ist. (R. 3.)

Frankreich.

Paris, 12. März. [Nachträgliches zur Adreßdebatte.] Der vierte Paragraph der Adreßdebatte des gesetzgebenden Körpers handelt von Rom, und zu demselben hat die Fünfer-Opportunisten-Fraktion ein Amendement gestellt. Dieses führte in der gestrigen Sitzung zu sehr lebhaften einschneidenden Debatten. Drei Redner hatten das Wort: Jules Favre sprach im Namen der Opposition, Keller sprach im Namen der Ultramontanen und Baron David im Sinne jener Vermittelungsmänner, denen Italiens Einheit ein Utopien ist, doch die da meinen, die römische Curie könne sich dadurch wieder in Macht bringen, daß sie sich durch moderne Ideen aufrichte und ihre weltliche Seite vollständig reformire. Cardinal Antonelli hat diesen Anforderungen sein Non possumus entgegengestellt; Baron David bleibt aber dabei, daß „man nicht darin zweifeln dürfe, zwischen den ungeduldrigen Gelüsten des Radicalismus und der starren Ablehnung noch einen Mittelweg zu finden.“ Baron David meint, daß Frankreich in den italienischen Krieg sich als liberaler gemischt habe, um der Fürsten abgemacht wurde und ohne die Völker; man konnte in der Verträge von 1815 keinen besseren Riß bringen, als der Kaiser in Villafranca bewirkt hat. Aber nur diejenigen, welche mit Weisheit der Freiheit dienen, sind die wahren Freunde derselben. Baron David ist nicht für den päpstlichen Widerstand, eben so wenig aber für Ueberberufung der französischen Besatzung, weil dieser Schritt Italien in ein Auf- und Abwärtssinken versetzen würde, das leicht „der Freiheit in Frankreich Gefahr bringen könnte.“ Redner wandte sich schließlich an die „eifrigen Söhne Roms“, um sie zu beschwören, den Papsi zu verächtlichen Schritten zu bewegen, ihn gegen den Fortschritt zu entwaffnen und dem Non possumus entsagen zu lassen, „das ihn zu einem sicheren Verderben führen wird.“ „Unsere Aufgabe in Rom geht dahin, ein Papsithum daselbst zu erhalten, das durch denselben Hauch der Unabhängigkeit verjüngt werde, vor dem sogar Pius IV. bisher zitterte.“ Keller, derselbe, der kürzlich als Sendbote des reactionären Central-Comite's von Paris in Rom war, klagte zunächst Willault an, der im Senate „der päpstlichen Regierung so vollständig und so radical den Prozeß gemacht habe, daß man sich frage, ob dies die nämliche Regierung sei, die in Rom durch französische Truppen geschützt werde.“ Keller stellte die wunderliche Behauptung auf, es sei Katazzi und den Piemontesen gar nicht Ernst damit, nach Rom zu gehen, weil sie, so lange sie Rom nicht hätten, einen Vorwand behielten, die Hauptstadt nicht von Turin weg nach Florenz oder Neapel zu verlegen, und weil sie wohl wüßten, daß, sobald Italien Rom habe, Italien Mazzini gehöre. Königswarter machte dem Redner den Vor-

